

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

№ 287.

Erscheint jeden Wochentag Nachmitt. 5 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 Mark 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

38. Jahrgang.

Freitag, den 11. Dezember.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gefaltete Seite ober deren Raum 15 Pf.

1885.

Die russisch-österreichische Zeitungsfehde.

Bis jetzt wurde zwischen Serbien und Bulgarien noch kein definitiver Waffenstillstand vereinbart und von eigentlichen Friedensunterhandlungen ist noch gar nicht die Rede. Von bulgarischer Seite wurde aber nach Belgrad ein Ultimatum gerichtet, um die Annahme der bulgarischen Waffenstillstands-Vorschläge zu erzwingen. Andererseits sandte die Pforte Mehjid Pascha als außerordentlichen Gesandten zu dem Fürsten von Bulgarien, um diesen zur Annahme der serbischen Vorschläge zu bewegen. Die Serben sind leider durch das Eingreifen der österreichischen Regierung und der Pforte zu neuem Widerstand ermuntert worden und scheinen weder geneigt, eine hohe Kriegsentwädigung zu zahlen, noch der Vereinigung zwischen Bulgarien und Osmenien gutwillig zuzustimmen. Dagegen fühlen sich die Bulgaren durch den Ton der russischen Blätter in der Erwartung bekräftigt, daß sie für ihre um theuren Preis erzwungenen Siege entsprechend belohnt werden müssen. Man nimmt in Rußland jetzt so entschieden für die bulgarische Union Partei, als hätte sich dieselbe nicht unter russischen Protesten, sondern unter der Protektion des Jaren vollzogen, ja man faßt es als einen Eingriff in Rußlands Rechte auf, daß Oesterreich durch die von dem Grafen Khevenhüller angeordnete militärische Intervention den Siegeslauf des Fürsten Alexander hemmt. Die Pan-Slawisten spielen im Jarenreiche eine so einflußreiche Rolle, daß die feindselige Art, mit welcher Kätow in der „Moskauer Ztg.“ und Afanow in dem Journal „Ruß“ sich neuerdings gegen Oesterreich äußern, durchaus nicht als bloße Zeitungsfehde erscheint. Es ist dringend zu wünschen, daß endlich zwischen Serbien und Bulgarien ein friedlicher Ausgleich erfolge, da sonst sehr leicht die in diesen Ländern interessirten größeren Staaten in ernstere Meideriee ge- rathen und die elektrischen Funken von der Balkanhalbinsel nach Rußland und Oesterreich-Ungarn überpringen könnten.

Wenn auch die „Moskauer Zeitung“ kein offizielles Blatt ist und das anerkannte Organ des russischen Auswärtigen Amtes, das „Journal de St. Petersbourg“, sich eines etwas maßvolleren Tones gegen Oesterreich befleißigt, verdient es doch Beachtung, daß der Herausgeber des Moskauer Blattes, Kätow, das persönliche Vertrauen des jetzigen Jaren in hohem Grade besitzt. Selbst das Journal de St. Petersbourg erteilte aber der österreichischen Diplomatie den Rath, ihre Warnungen gegen die Kriegsjucht statt nach Sofia nach Belgrad und Nißch zu adressiren. Dieser Wink ist in Wien auch beherzigt worden, da Graf Khevenhüller neuerdings dem König Milan von Serbien einen Brief des Kaisers Franz Josef überbrachte, in welchem ernste Abmahnungen gegen eine Fortsetzung des Krieges gegen Bulgarien enthalten gewesen sein sollen. Die ursprüngliche Behauptung der österreichischen Blätter, daß die erste Wiffnung des Grafen Khevenhüller im Einverständnis mit Rußland erfolgt sei, mußte freilich fallen gelassen werden, nachdem aus dem Ton der gesammten russischen Organe unzweifelhaft hervorging, daß jene Reise des österreichischen Diplomaten nach Pirot in Petersburg nicht nur die größte Ueberraschung, sondern auch die größte Verstimmung hervorgerufen hat. Das offizöse Wiener „Fremdenblatt“ beschränkt sich jetzt nur noch darauf, zu versichern, daß die von Oesterreich ausgeübte Pression unerlässlich schien, weil Fürst Alexander allen anderen diplomatischen Einwirkungen gegenüber unzugänglich blieb. Auch die anderen Mächte hätten gewünscht, daß die Feindseligkeiten an der serbisch-bulgarischen Grenze ein Ende nähmen und jeder weitere Zusammenstoß absolut verhindert würde. Jedemfalls war man aber weder in Petersburg noch in Berlin damit einverstanden, daß der Vertrauensmann des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern, des Grafen Kalnoth, in Pirot mehr als Protektor Serbiens wie als eigentlicher Friedensvermittler auftrat. Gegen die von dem Grafen Kalnoth Serbien gegenüber angenommene Beschüßerkrolle erheben sich in Rußland die lebhaftesten Proteste, aber auch in Berlin dürfte man kaum die Meinung der ungarischen Politiker gutheißen, daß Serbien für seine wiederholten Niederlagen auch noch einen Länderzuwachs erhalten soll. Die Aeußerung des „Pester Lloyd“, Oesterreich müsse solche Entschädigung nöthigenfalls auch außerhalb des Drei-Kaiser-Bundes durchsetzen, veranlaßt die „Moskauer Ztg.“ zu dem berechtigten Ausdruck der Erwartung, daß die höheren leitenden Kreise der habsburgischen Monarchie die Dinge von anderem Gesichtspunkte aus als die Ungarn betrachten. Wenn im Rathe jenes

Reiches ein gesunder staatsmännischer Geist herrsche, dann müsse dasselbe vor allem die guten Beziehungen zu Rußland schätzen.

Nichts kann den Ernst der Lage mehr kennzeichnen, als daß die „Köln. Ztg.“ in unverkennbar offizioser Weise versichert, „daß die deutsche Politik auch in jünster Zeit wieder eine entschieden russenfreundliche gewesen ist“. Der betreffende Artikel des Kölnener Blattes richtet sich entschieden gegen den Ton, den leitende russische Organe in neuester Zeit auch gegen Deutschland angeschlagen haben, den aber die friedensfreundliche Politik der deutschen Reichsregierung keineswegs verdient. Die Verbindung, in welche die „Köln. Ztg.“ die russischen Ausfälle mit den letzten Wahlerfolgen des russenfreundlichen englischen Exministers Gladstone und mit den Umtrieben der Patrioten-Liga und der Orleansisten in Frankreich bringt, zeugt freilich von einer etwas absichtlichen Schwarzjeherei. Gerade jetzt, wo die Opposition im deutschen Reichstage sich anschiebt, gegen die Mehraufwendungen für das deutsche Landheer und die Seewehr Front zu machen, erscheint ein so bänglicher Hinweis auf drohende Wolken am Horizont der auswärtigen Politik recht eigentümlich. Zunächst ist Salisbury von der staatsmännischen Leitung Englands noch nicht zurückgetreten und hat allerdings der dem deutsch-österreichischen Bündniß stark abgeneigte Gladstone das Heft noch nicht wieder in Händen. Die Revanche-Gelüste der Franzosen genügen auch noch keineswegs, um dieselben den republikanischen Staatsformen abgeneigt und für den Gedanken einer Wiedereinsetzung der mit Rußland verwandten und engbefreundeten orleanischen Königsfamilie wieder empfänglich zu machen. Ueber die Aufrichtigkeit der Freundschaft Rußlands täuscht man sich freilich in Berlin nicht. Daran, Oesterreich-Ungarn und Rußland in keinen offenen Kampf um die Hegemonie auf der Balkanhalbinsel gerathen zu lassen, hat aber nicht nur Deutschland, sondern auch jede andere europäische Großmacht ein hervorragendes Interesse. Die Vermittelung zwischen diesen beiden Großmächten wird der deutschen Reichsregierung auch noch dadurch erleichtert, daß Oesterreich ihren Weisand nicht entbehren kann, daß aber ihre eigenen Sympathien in der bulgarisch-serbischen Frage genau so wie diejenigen Rußlands dem Fürsten von Bulgarien zur Seite stehen. Ob ferner der österreichische Einfluß in Belgrad aufrecht erhalten bleibt oder nicht, kann für den Grafen Kalnoth, aber niemals für den Fürsten Bismarck maßgebend sein, wenn es sich um die Erhaltung des Weltfriedens handelt. Serbien wird froh sein müssen, wenn es ohne Vandalverlust und mit einer mäßigen Kriegskosten-Zahlung aus einem Kampf hervorgeht, der ihm ohne fremde Einmischung Vernichtung gebracht hätte. Fürst Alexander von Bulgarien kann dagegen zufrieden sein, wenn er als Lohn für seine Siege die nachträgliche Zustimmung Europas zu dem festen Wagniß der bulgarisch-rumelischen Union erlangt. Wenn schließlich der Sultan den Anspruch erhebt, als Suzerän Bulgariens den Frieden mit Serbien abzuschließen, so ist das nur eine Formsache, in die man ruhig willigen kann, da die Pforte keine anderen Friedensbedingungen stellen würde, als die ihr die europäischen Großmächte vorschreiben. Unter allen Umständen ist aber gerade im Hinblick auf die zwischen Rußland und Oesterreich vorandene tiefe Verstimmung ein rascher definitiver Abschluß des serbisch-bulgarischen Krieges dringend zu wünschen.

Tageschau.

Freiberg, den 10. Dezember.

Bei der gestern im deutschen Reichstag stattgefundenen dritten Beratung des auf die Pensionen der Zivilbeamten bezüglichen Antrages Köller wurde zunächst mitgetheilt, daß Abg. Pfafferoth hierzu seinen bereits in zweiter Lesung gestellten Antrag in modifizirter Form wieder eingebracht habe. Darnach soll das Gesetz für Beamte, welche seit 1. April 1883 bereits in den Ruhestand versetzt sind, Geltung erhalten; ebenso für Wittwen und Waisen der seit 1. April 1883 und vor dem Inkrafttreten des Gesetzes in den Ruhestand versetzten Beamten. Abg. v. Köller empfahl die Annahme seines Antrags und stellte dabei die Anfrage an die Regierung, ob der Antrag Pfafferoth das Gesetz unannehmbar machen würde. Staatssekretär v. Burchard erklärte, er nehme Anstand, sich über diesen Inzidenzfall zu äußern, um nicht dadurch den Glauben zu erwecken, als ob, wenn die Regierung nichts gegen den Unterantrag einzuwenden haben, er damit ausprechen wollte, daß die Regierung von ihrem früheren Standpunkte abgegangen wären,

das vorliegende Gesetz nur mit dem Militärpensionsgesetz zu verabschieden. Abg. Ricker und Windhorst unterzogen die Antwort des Staatssekretärs v. Burchard einer scharfen Kritik. In der Einzelberatung widerrieth Abg. v. Köller, dem Gesetze nach dem Pfafferoth'schen Vorschlage rückwirkende Kraft zu geben. Abg. Franke stellte einen redaktionellen Abänderungsantrag zum Antrag Pfafferoth, worauf Pfafferoth seinen Antrag zurückzog und der Antrag Franke mit dem Unterantrage v. Köller angenommen wurde. Die einzelnen Artikel wurden im Uebrigen unverändert bewilligt. Abg. Rintelen regte die Hinzufügung einer neuen Bestimmung an, wonach das Gesetz auf Mitglieder des Reichsgerichts in Verbindung findet; das Haus beschloß demgemäß. Der ganze Gesetzentwurf wurde sodann mit den betreffenden Abänderungsanträgen auch in der Schlußabstimmung angenommen. Hierauf folgte die erste Verathung des Antrages v. Hellborn, betreffend die Abänderung des Artikels 24 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 21. April 1871 (fünfjährige Legislaturperiode mit Auflösungsrecht der Regierung) in Verbindung mit dem Antrage Auer auf zweijährige Legislaturperiode ohne Auflösungsrecht. Abg. v. Hellborn begründete seinen Antrag damit, daß eine längere Legislaturperiode praktisch durchaus geboten sei, was das Ausmaß auch fast allgemein durchgeführt habe. Die Volksvertretung eines großen Volkes könne nur bei größeren Wahlperioden Ersprießliches leisten, wenn auch unter Umständen die Verkürzung der Legislaturperioden erwünscht sei; für diesen Fall müsse die Möglichkeit einer Auflösung des Reichstages gegeben sein. Abg. Kayser bezeichnete den Antrag v. Hellborn als eine Beschränkung des Volkswillens, die sich namentlich gegen den ärmeren Theil der Bevölkerung richtete. Seine Partei habe es für ihre Pflicht gehalten, dem durch einen Gegenantrag vorzubeugen. Das Volk und die Volksvertretung müßten in steter Wechselwirkung miteinander stehen und das werde am besten durch häufige Wahlen erreicht. Auflösungen seien alle vom Uebel und namentlich darum ungerecht, weil es der Regierung freistehende, den günstigsten Moment hierzu abzupassen und unter Umständen gerade bei wichtigen Angelegenheiten durch die Drohung einer Auflösung des Reichstages ein Druck auf die Abstimmung der Abgeordneten ausgeübt werde. Hierauf wurde die Sitzung vertagt. — Der deutsche Reichskanzler soll, wie in parlamentarischen Kreisen gestern erzählt wurde, in den letzten Tagen durch Gesichtschmerzen verhindert worden sein, im deutschen Reichstage zu erscheinen. Von anderer Seite wird dagegen berichtet, Fürst Bismarck habe in letzterer Zeit, weit häufiger als er sonst zu thun pflegte, die in Berlin anwesenden fremden Botschafter aufgesucht, so auch u. A. den französischen Botschafter. Man schließt daraus, daß der Reichskanzler seine Thätigkeit in den gegenwärtigen diplomatischen Verwickelungen stärker wie bisher accentuirte. — Der deutschen Reichsregierung ging die amtliche Meldung zu, daß am 7. d. M. in Konstantinopel das abschließende Protokoll über den deutsch-türkischen Handelsvertrag unterzeichnet worden sei. — In Köln verstarb in der Nacht zum Mittwoch der dortige Oberbürgermeister Dr. Hermann Heinrich Becker, geb. am 15. Sept. 1820 zu Eberfeld. Seit seinem Eintritt in den Kommunaldienst, zuerst 1870 als Oberbürgermeister von Dortmund, dann seit 1875 als Oberbürgermeister von Köln, hatte er sich von der aktiven Theilnahme am politischen Leben immer mehr zurückgezogen, so daß der Name des Mannes, welcher lange Zeit als der „rotte Becker“ in ganz Deutschland bekannt war, für die jüngere Generation kaum noch einen politischen Klang hat. Becker war einft, als die Bewegung von 1848 ausbrach, einer der Vertreter der radikalsten Bestrebungen; mit Freiligrath u. A. war er Redakteur der „Rheinischen Zeitung“. Er wurde schließlich aus der Liste der preussischen Referendarien gestrichen und zu mehrjähriger Festungshaft verurtheilt. Nach Verbüßung derselben widmete er sich in Dortmund publizistischen Arbeiten, sowie der kommunalen Selbstverwaltung; von 1862 bis 1872 vertrat er Dortmund im preussischen Abgeordnetenhaus, dann im norddeutschen und deutschen Reichstag; er hat als Mitglied der Fortschrittspartei den Verfassungskampf mit durchgemacht, gehörte aber zu denjenigen Mitgliedern derselben, welche der Begründung der Reichseinrichtungen mehr Sympathie entgegenbrachten, als das Gros der Partei. 1872 wurde er als Vertreter Dortmunds in das Herrenhaus berufen; Köln hat er in diesem jedoch nicht vertreten.

Einer der treuesten Diener des österreichischen Kaisers, der Statthalter von Dalmatien, Feldmarschall Stefan Jovanovic, ist am 8. d. M. in Zara in Folge eines Gehirnschlages gestorben. Durch seinen Tod entsteht eine Lücke, zu deren Ausfüllung sich nicht leicht und rasch eine ebenso geeignete Persönlichkeit finden dürfte. — Die tschechische